

Wossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Willagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernbard, Verwalter: Hans-Joachim von Bismarck, V. D. Graf Montagu, Hln., Ullstein, Manuskripte werden nur für den Abend, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs (A 7) 3600-3605 für den Fernverkehr, Amt Dönhofs 3606-3608 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postfachkonto Berlin 660.

Schnelle Entscheidungen

Am Donnerstag tritt der Reichstag wieder zusammen. Die Parlamentspause ist diesmal nicht ungenützt geblieben. Die kommenden Entscheidungen sind zu vorerledigen worden, daß sie Schlag auf Schlag erfolgen können.

Zunächst einmal haben sich die führenden Männer getandelt. Der Reichstagspräsident, der 14 Tage lang in der Kabinetsberatung gefascht, an der auch Dr. Stresemann, der sich im Süden gut erholt hat, teilnahm, hat der Reichspräsident von Hindenburg einen Gesandten durchgemacht, der, erfüllt die Defensivität der jetzt gleichzeitigen mit der Mitteilung, daß eine wesentliche Verbesserung eintrifft, so daß der Reichstagspräsident wieder voll arbeitsfähig ist. Er wird morgen den Herren der Parteien, Berlin, empfangen können, wenn auch zunächst noch eine gewisse Schonung nötig ist.

Wenn nicht alles trügt, wird diese Schonung durch die parlamentarischen Entschlüsse erleichtert werden. Die fünf Parteien, deren Zusammenwirken man als „Große Koalition“ bezeichnet, haben sich über die schwierigen Steuerfragen und die Staatsgesetzgebung soweit geeinigt, daß die Krollkassen, die am Dienstag zusammenzutreten, eine feste Grundlage vorfinden, die nicht nur annehmbar, den Etat glatt zu veranschlagen, sondern auch eine gegenseitige politische Bindung erleichtert.

Über die Roboterstellung wird amtlich mitgeteilt, daß sie den Vorarbeiten galt, die von Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam veranlaßt waren. „Das Reichsstatut befristet“, so wird mitgeteilt, „nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die geltenden politischen Verhältnisse, insbesondere die rasche Entwicklung des Etats, unter Berücksichtigung seiner Bedeutung auf den Boden dieser Vorarbeiten zu treten.“

Die Deckung des Fehl Betrags

Der Inhalt dieser Vorarbeiten ist bisher nicht bekannt gemacht worden. Er wird sich wohl in langem vertraulich behandelt, bis die Krollkassen zugestimmt haben. Die Mitteilungen, die bisher in die Öffentlichkeit kamen, waren nur teilweise richtig. Der Etatreferent der Deutschen Volkspartei, Dr. Ermer, hat nun gestern in Stuttgart einige Angaben gemacht, die als zutreffend gelten können. Von dem ursprünglichen Fehlbetrage von 380 Millionen sollen 100 Millionen durch Ertragsteuern im Etat gedeckt werden, 35 Millionen werden durch Subventionierung der Landesfeuerwehren gewonnen, weitere 35 Millionen sollen durch Abschreibungen der Reichspost gedeckt werden. Es bleiben dann noch 130 Millionen, von denen 90 Millionen durch Erhöhung der Brennmaterialsubventionen aufgebracht werden sollen.

Der Redner beruhte weiter, es sei eine Verständigung unter den Parteien darüber erzielt worden, daß der Reichsstatut der letzten Jahre vorzuziehen werden. Darf so doch ein Gesetz in Kraft treten, das 1929 mit 1928 mit Berlin, 1929 mit Wien ähnlich, entsprechende Abhilfe machen darf und 1930 nur für den verbleibenden Mehrbetrag verantwortlich ist. Weiter teilte der Redner mit, daß das neue Gesetz die Lösung der Postfinanzungsfrage in dem Sinne angestimmt hat, daß ein gefestigter Arbeitsvertrag nachdrücklich von 1924 ab wirksam wird und die rüchardigen Finanzanlagen von 1924 ab wirksam werden erlaubt werden. Für Bayern machte das einen Betrag von 18 Millionen aus.

Was bringt Paris?

Dr. Ermer, der sich vertrauter Freund Stresemanns gilt, äußerte sich weiter optimistisch über die Pariser Verhandlungen. Der Redner ist darauf zu legen, daß Deutschland weitgehend in den ersten fünfzehn Tagen so fest wie möglich erledigt werde. Im übrigen erklärte er, daß ein Staatsdiktum, wenn dem die Stimm der Wähler der deutschen Wirtschaft helfen, nicht mit der Schwächung übereinstimmen können, daß die vorerledigten Verhandlungen die deutsche Wirtschaftlichkeit überleben, an diesen Verhandlungen muß hinzugefügt werden, daß die Pariser Beratungen erst die Grundlage für die Entscheidung bilden, die von den Regierungen und Parlamenten zu treffen sind. Maßgebend werden die Sachverständigen sein, die sich in der Sache äußern werden. Jedemfalls ist damit zu rechnen, daß erst im Herbst die endgültige Lösung der Reparationsfrage erfolgen wird.

Heute nachmittag trafen die Parteiführer zusammen, um die Mitteilungen des Reichstagspräsidenten über die Sonntagsgespräche des Kabinetts entgegenzunehmen. Man nimmt an, daß der Reichstagspräsident im Hinblick darauf die Frage der Bildung einer festen Regierungskoalition aufwerfen wird, über die in fünf bis sechs Tagen die Entscheidung fallen soll. Im Augenblick zweifelt niemand daran, daß diese Entscheidung bejahend sein wird, und daß bereits am Mittwoch die näheren Vereinbarungen getroffen werden können.

Als Achtung kann gelten, daß Dr. Scholz, der Vorsitzende der Reichsversammlung der Deutschen Volkspartei, gestern in seinem Wahlkreis Ostpreußen sich unbedingt für die Große Koalition ausgesprochen hat. Er hat daran erinnert, daß er nicht gerade als begehrteter Freund dieser Gruppierung gelten kann. Aber eine andere Mehrheitsbildung im Reichstag ist nicht möglich. Eine Diktatur, von welcher Seite sie auch

kommen würde, müßte geradezu verhängnisvoll für Deutschland wirken. Deshalb müßte die Deutsche Volkspartei, wenn sie den Sinn des Parlamentarismus in der Bildung einer festen tragfähigen Regierung sehr, zum Eintritt in die Große Koalition bereit erklären. Dr. Scholz verhielt weiter seine eigene Überzeugung „mit unheimlichen Worten Parteiführer Dr. Stresemann“. Zu den Ostpreußen-Fragen erklärte er, Ostpreußen müßte als abgetrenntes Land behandelt werden und würde deshalb auch besondere Maßnahmen. Aber Deutsche müßten einträglich einmütig in seinem Leben an der Reichsregierung bei Anstand gefunden und die Reichsregierung und die Grenzsetzung gesehen haben, um den ganzen Widerspruch des Nordens und seiner unheimlichen Grenzen zu befreien. Ostpreußen hofft auf den Tag, an dem es wieder unabhängig und direkt mit dem Reich verbunden ist.

In Preußen wird das Anhaltenkommen der Großen Koalition im Reich zunächst noch keine unmittelbaren Folgen haben. Der Reichstag des Reichstagspräsidenten der Deutschen Volkspartei gibt der Reichstagsaktion freie Hand bis zur Lösung der Reparationsfrage, die wie geplant, gerade jetzt in Angriff nehmen wird. Im Königsberg erklärte der Vertreter der Volkspartei, Dr. Steffens, sich ausdrücklich damit einverstanden, daß die Entscheidung im Reich von den Preußen getrennt werde.

Bomben im indischen Parlament

Der Bombenwerfer verhaftet

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

* Delhi, 6. April

In dem allindischen Legislative Council in Delhi wurden heute zwei Bomben von der Galerie in den Sitzungssaal geschleudert, während der Präsident des Parlaments sich gerade erhob, um vorübergehende Pause zu sprechen. Eine Bombe fiel vor dem Finanzminister Sir George Sayer nieder, der Verletzungen erlitt. Die zweite Bombe verlor seine Wucht, die Polizei verhaftete zwei Beschauer, bei denen Bomben und Revolver gefunden wurden.

Salzmann in Hanoi

Die Schwierigkeiten, in die die Expedition Salzmann durch die Einreiseverweigerung der englischen und französischen Kolonialbehörden gekommen war, sind jetzt behoben worden. Auf die Intervention des holländischen Amtes hin, das den deutschen Kommando sofort telegraphisch angewiesen hatte, hat den französischen Behörden vorteilhaft zu werden, ist die Einreiseerlaubnis nach Hanoi nunmehr erteilt worden. Erich von Salzmann folgelt darüber folgendes:

* Hanoi, 6. April

Es trifft mich der französische Bahn von Hanoi nach Hanoi. Die Bahn bedeutet eine der höchsten Anlagen der Welt. Sie führt durch steile, malerische, grandiose Felsgehänge und wasserfreie Gegend. Die Erhaltung der Bahn ist äußerst schwierig wegen der Witterungsverhältnisse und dauernden Sobietriser mit den Schwänen. Die Witterungsverhältnisse sind sehr schwer. Während meiner Durchfahrt wurden auch Mäher entpuppt.

Die Grenze nach hier hat sich die persönliche Garantie des Kommandanten erlitt, der den gegen mich aufgestellten unbegründeten Verdacht eines Moskau-Agenten entzifferte. Mit diesem Verdacht begründete die englisch-indische Regierung gleichfalls die Ablehnung meiner Einreise nach Burma und beinträchtigt dadurch die Freiheit meiner Reiseerhaltung über die gefälligen Bewegungen Hanoi. Die französischen Vertreter von Hanoi zeigen besonders freundliches Entgegenkommen und Unterstützung. Erich von Salzmann.

Mi ausgedrückt G. v. Salzmann in den Verdacht eines Agenten der Gouernierung kommen konnte, das wird wohl Osepinen der englischen und französischen Kolonialbehörden bleiben. Von russischer Seite wird ihm dafür der Vorwurf gemacht, Exponent des westlichen Kolonialimperialismus zu sein. Dieses jetzt, mit schwierigem die Situation heute in China für einen absolut neutralen und schmerzhaften Beobachter ist. Ungemüßigt Verdacht über die dortige Situation scheinen nirgends sehr beliebt und erwidert zu sein.

In Hanoi trifft die Reise Salzmanns maßgebend ab. Er wird noch eingehende Berichte über den zweiten Teil seiner Reise nach Hanoi in Hanoi, die fortlaufend in der „Wossischen Zeitung“ veröffentlicht werden.

Der Sitzungsaal bei einer spektakulären Anstalt. Zahlreiche Abgeordnete blieben hart. Drei Stühle der Regierungsparteien waren vollkommen gesplittert. Der Beschauer des Verhaftungsankündiger, Sir John Simon, brach sich in der Nähe des Reichstages, als die Bomben fielen. Zusammen mit den Bomben wurde ein rotes Flugblatt mit dem Schrift „Indianische sozialistische republikanische Armee“ und der Unterfertigung ihres Führers Balraj in den Saal geworfen.

Die beiden Verhafteten heißen Buntle Swara und Baggat Singh. Sie erklärten, aus Bengalen bzw. aus dem Punjab zu kommen und seien geflüchtet.

Nach dem Streikausbruch wurde der Sitz der indischen Nationalregierung und damit auch der Sitz des indischen Parlamentes von Kalkutta weg ins Innere Indiens, nach Delhi, verlegt, weil die zunehmende anarchische Agitation in dem politisch äußerst regen Kalkutta und Bengalen Befürchtungen erweckte.

Auf diese Weise entstand die alte Hauptstadt Indiens aus der Zeit der Großmogulen aufs neue als indische Metropole; mit einem Stotzenanfang von schätzungsweise 200 Millionen Markt wurde in den Stuhlgang von Delhi eine neue Stadt gegründet; das „Imperial New Delhi“ — das „Kaiserliche Neu-Delhi“. Aber die Altstädte folgten ihrer trotz von Kalkutta der indischen Regierung nach ihrer neuen Residenz. Schon bei der Einweihung der neuen Hauptstadt wurde der dem Einrückung des „Kaiserlichen“ eine Dynamikbewegung gemacht, und die Demonstranten der indische revolutionäre Geist in indischen Parlament selbst.

Ob dabei das Altstadttat nur gegen die europäischen Mitglieder oder gegen die Mitglieder der Regierung, die in den vorerledigten Räten des ersten Parlaments zusammengebracht sind, geschieht nur — aber ob es eine Demonstration gegen das Parlament überhaupt sein sollte, bleibt abzuwarten.

Attentat auf Gouverneur Hoofbeelt

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

* New York, 8. April

Durch einen Zufall wurde ein Bomben-Attentat auf den neuen Gouverneur des Staates New-York, Franklin Roosevelt, unternommen, das in zäherer Weise verberiet war.

Auf dem Hauptpostamt in Albany sich ein Beamter zufällig mit dem Fuß an ein Paket, das auf dem Fußboden lag und an den Gouverneur Roosevelt adressiert war. Der Beamte bemerkte, daß das Paket — ein in braunes Papier gewickelte Konfidenzschloß aus Metall — zu rauchen begann und entdeckte bei der weiteren Untersuchung eine Zündkapfel, deren Kante er gefühllosgewöhnt erklärte. Der Zünder war an einer großen Menge Dynamit befestigt. Die Zündkapfel leitete auf noch unklarere Bomb angefertigt sein. Die Geschloßgewehr des Postbeamten verhinderte eine Explosion, die katastrophale Folgen gehabt hätte.

Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen persönlichen Mordanschlag handelt, da am Abend nach dem Wohnhaus des Ex-Gouverneurs von Roosevelt durch Brandstiftung eingeschloß wurde.